

Zeitung

Halle'sche Neueste Nachrichten, Handelsblatt für Mitteldeutschland

Die Druck-Setzung erfolgt in der hiesigen Druckerei und zwar als Festsatz. Die Druckerei befindet sich in der Marktstraße 11. Die Druckerei ist in der Marktstraße 11. Die Druckerei ist in der Marktstraße 11.

Geschäfts-Verkehr: Halle a. S., Neue Promenade 1a und Große Poststraße 17. Spandauer-Postamt: Halle a. S., Markt 21. Druck-Verlag: „Gesellschaft für Druck-Verlag“. Druck-Verlag: Halle a. S., Markt 21. Druck-Verlag: „Gesellschaft für Druck-Verlag“.

Die Reparationen vor der Pariser Kammer

Erläuterungen Loucheurs.

In der französischen Kammerführung wurde am Donnerstag die Debatte über das Sonderbudget für den Wiederaufbau, dessen Ausgaben von Deutschland zu erlassen sind, fortgesetzt. Finanzminister Loucheur führte die Rede aus: Die Reparationspolitik in Bezug auf die Reparationen sei vom Ministerpräsidenten in einer ministeriellen Erklärung lehrreich begründet worden. Das neue Ministerium wolle eine Politik der Realisierung verfolgen. In London habe man durch Annahme des Kaufs mit 132 Milliarden in eine Verminderung von etwa einem Drittel der Ansprüche an Deutschland eingewilligt. Deutschland habe nicht einen einzigen Centime für die Besatzungstruppen bezahlt und Frankreich habe den Kosten der Besatzungstruppen nicht einen Centime bezahlt. Diese Kosten habe man dem Reich Deutschland's 80 Milliarden vorgeschlagen. Das sei eine unerhörte Anstrengung; niemand habe geglaubt, daß Frankreich nach einem solchen Kriege eine derartige Anstrengung hätte auf sich nehmen können. (Beifall.) Wenn man die französische Regierungspolitik kritisiert, verfolge man, daß wenn Deutschland im Jahre 1921 die 132 Milliarden Goldmark gezahlt hätte, Frankreich davon 5-6 Milliarden Goldmark oder 8 Milliarden Franken erhalten hätte. Die Frage der Reparationen sei für Frankreich eine Lebensfrage. Er lehne sich nicht auszusprechen, wann Deutschland fortjähre, seine Verpflichtungen nicht zu erfüllen, werde Frankreich in eine außerordentlich fatale Lage geraten. England betrachte das Problem von einem anderen Standpunkte. Das Reparationsproblem sei für England nicht vorhanden, sondern nur das Problem des Wiederaufbaus der wirtschaftlichen Beziehungen, damit der Arbeitslohn der Welt gesteuert werden könnte. Was auf die Wirtschaftslage Europas drücke, sei nicht das Reparationsproblem, sondern die Tatsache, daß in den Ländern Mitteleuropas die Finanzen aus dem Gleichgewicht geraten seien. Deutschland habe sich jetzt sehr wenig an Reparationen geliefert. Es befände sich in einer schwierigen Lage, weil es keine Maßnahmen ergreifen habe, seine Finanzen wieder herzustellen. (1) Ein Vergleich zwischen den Leistungen der Steuerzahler in den einzelnen Ländern sei schwierig. Aber es sei doch die Behauptung gestattet, daß die deutschen finanziellen Leistungen vollkommen ungenügend seien. (Beifall.) Wenn man Vergleiche ziehe, dürfe man nicht vergessen, daß man das Frankreich von vor dem Kriege nicht mit dem von heute vergleichen dürfe, weil Frankreichs Produktion vermindert seien und natürlich nicht die gleiche Steuerleistung anbringen könnten wie ehemals. (2) Abends 7 Uhr wurde der Tag beizugehen. Man darf nicht vergessen, daß ein Teil der deutschen Steuerinkommen dazu verwendet wird, Privatpersonen zu subventionieren.

Der Finanzminister antwortete: Sie haben vollkommen recht. Er geht alsdann dazu über, die Befugnisse der Reparationskommission zu besprechen, die allein die Ausführung des Versailles Friedensvertrages zu regeln habe. Frankreich habe verschiedene Abkommen abgeschlossen, das Londoner, das Camer-Abkommen. Er wisse nicht, ob darüber Missverständnisse zwischen Frankreich und England bestehen.

Der ehemalige Minister Loucheur tritt unterbrochen zu dürfen und erklärt: In London wurde die französische Forderung geprüft; die französischen Minister haben unter dem Protokoll ihre Namen gesetzt. In Cannes haben die belgischen und italienischen Minister anerkannt, daß die von Frankreich und England unterbreiteten Vorschläge als eine außerordentlich ernsthafte Grundlage für die Evidenz hätten angesehen werden können, wenn sie verlangt, daß die in London festgesetzte Ziffer der Geldzahlungen für das Jahr 1922 von 500 Millionen Goldmark auf 720 Millionen Goldmark herabgesetzt würde. Das hat die französische Delegation unterlassen. Ich selbst habe am 10. Januar vorgeschlagen, diese Ziffer auf 500 Millionen zu erhöhen. In diesem Augenblick sind die Zwischenfälle eingetreten, die Sie kennen. Ueber den Anteil, den Frankreich im Jahre 1922 erhalten sollte, ist nicht entschieden worden. Wir wissen heute, daß die beiden Reparationen dahin übereinstimmen, die Frage der Reparationskommission zu übermitteln. Was das Abkommen vom 13. August und das Wiesbadener Abkommen anbelangt, so denke ich, daß die Frage parallel verhandelt werden müsse.

Der Finanzminister kam Loucheur für seine Erläuterungen und fährt fort: Die Ausgaben des vorliegenden Budgets seien mit 13 Milliarden, die Einnahmen mit 7 Milliarden zu bewerten. Wer man dürfe im Auslande nicht den Glauben erwecken, als hoffe man, in diesem Jahre 7 Milliarden zu erhalten. Aber man dürfe im Auslande gen, das Wiesbadener Abkommen sei aber noch nicht ratifiziert.

Loucheur wiederholte im Laufe der Debatte die alten Behauptungen gegen Deutschland, das es sich nicht anstrengte, zu zahlen. Er versicherte, daß seine Vorgänger bei der deutschen Regierung wegen der Kapitalflucht vorstellig geworden sind. Er selbst habe gleich nach seiner Ernennung mit dem deutschen Botschafter darüber gesprochen, und Dr. Mayer habe die französische Bedenken wegen der Kapitalflucht als berechtigt anerkannt. Die Frage werde aber dadurch kompliziert,

daß die neutralen Mächte sich an den einseitigen Maßnahmen gegen die Flucht von deutschem Kapital beteiligen müßten. Entsprechende Verhandlungen mit den Neutralen seien eingeleitet. Zur Frage der Steuerbelastung bemerkte Poincaré, die Unternehmung sei noch nicht abgeschlossen, aber heute schon könne auf Grund des von den Besatzenden gelieferten Materials versichert werden, daß Rathenaus Behauptung, die Deutschen seien mindestens ebenso stark belastet wie die Franzosen, nicht zutreffend ist. (1) Es wird Rathenaus Aufgabe sein, den Nachweis zu führen, daß der deutsche Steuerzahler mehr als der französische belastet ist. Und das dürfte ihm nicht schwer fallen.

Lloyd George und Poincaré.

Paris, 24. Februar. Der Unterpräfekt von Boulogne hat gestern von dem französischen Konsul in London erhalten, daß die Konferenz zwischen Lloyd George und Poincaré im Sonnabend nachmittags in Boulogne stattfindet. George wird in Calais mit dem französischen Dampfer von Dover um 12.30 mittags in Calais eintreffen. Die Konferenz wird um 3 Uhr in der Unterpräfektur beginnen. An die Pöelle wird kurz nach Schluß der Konferenz ein Kommuniqué herausgegeben. Poincaré wird um 6.40 mit dem Schnellzug nach Paris zurückkehren und Lloyd George tritt seine Rückreise mittels Dampfer ebenfalls 7.10 Uhr an.

Frankreich fordert 14 Millionen Francs für Petersdorf.

Paris, 24. Februar. Wie der „Matin“ berichtet, hat die französische Regierung auf Grund der in der französischen Kammer von Poincaré beantragten Interpellation über die Vorfälle in Gleiwitz-Petersdorf drei alliierten Regierungen mitgeteilt, daß sie entschlossen sei, für die getöteten französischen Soldaten eine Entschädigung in Höhe von 14 Millionen Francs bei der deutschen Regierung zu stellen. Es wird abgewartet sein, ob diese Meldung des Pariser Blattes von deutscher amtlicher Seite ihre Bestätigung erfährt.

Abzug der Franzosen aus Oberschlesien.

Von maßgebender Seite in Berlin erfahren wir, daß nach dem an Regierungsstelle vorliegenden Nachrichten damit zu rechnen ist, daß spätestens Anfang April der Abzug der französischen Truppen aus Oberschlesien erfolgt. Bereits jetzt treffen die französischen Besatzungstruppen Ende Februar, um den Abtransport der Besatzungstruppen Ende März in die Wege zu führen.

Zeppelins-Ankauf durch Amerika.

Seit einigen Tagen befindet sich der amerikanische General der Luftstreitkräfte Mitchell in Berlin, um die Verhandlungen über den Ankauf des im Bau befindlichen Zeppelins für die Vereinigten Staaten zum Abschluß zu bringen.

Die Verhandlungen ziehen sich schon eine ganze Zeit hin, da es erst eines gewissen diplomatischen Druckes auf England und Frankreich bedurfte, bis die Internationalisierte Ueberwachungskommission den Bau des Luftschiffes für Amerika gestatten wollte. Die Bezahlung wird durch Aufrechnung gegen die Besatzungskosten erfolgen, ein Verfahren, das Deutschland der Reparationskommission vorgeschlagen hat.

Das Angebot zum Ankauf des Zeppelins ging von Seiten der deutschen Luftfahrt aus, die beweisen möchte, daß ihre Leistungen besser sind als die der englischen und italienischen Industrie, die bisher in den Vereinigten Staaten eine Monopolstellung in Luftfahrt wesen einnimmt.

Das deutsche Eigentum in Australien.

Keiner wagt es in Melbourne, daß die australische Regierung Vorkehrungen ergreifen werde, um das deutsche Eigentum in vormaligen Deutsch-Gebieten nur an australische Soldaten, geborene britische Untertanen oder an Gesellschaften, die vorwiegend britisch sind, veräußert werden dürfe. Das deutsche Eigentum in Queensland wird verschont, nämlich auf drei oder auch auf sechs Millionen Pfund Sterling bewertet. Der Verkaufserlös wird an Australien auf das Reparationskonto ausgeschüttet.

Müßiges Geschwätz.

Aus Berlin wird uns gebracht: Reichstagsler Dr. Birnh hat am Mittwoch angekündigt, daß er sich bezüglich der Neuwahl des Reichstages mit den Reichstagsmitgliedern in Verbindung setzen wolle. Die Rühmungsnahme ist bisher nicht erfolgt. Zugleich werden bereits verschiedene Kandidaturen genannt. So wird behauptet, daß die Deutschnationalen einen eigenen Kandidaten aufstellen werden. Weiteres Gerüchte wollen wissen, daß die der Deutschen Partei nächstehenden Kreise an den Amiral Scheer denken. Daß die Sozialdemokraten wieder den letzten Reichspräsidenten über für ihren Kandidaten wählen, ist als selbstverständlich anzunehmen. Wie zu erwarten war, ist wieder das Schlagwort von einer Vereinbarkeit aufgegriffen, die das allgemeine Vertrauen des Volkes befestigt.

Somit die Meldung, daß es sich dabei um keine Sachverhalte handelt, die keine echte Beachtung verdienen, beachtet nicht zu werden.

Demokratische Mittelstandspolitik

Die Deutsche Demokratische Partei, als die Partei der Mitte und des Ausgleichs der gesellschaftlichen Gegensätze, ist mehr als irgend eine andere Partei berufen und befähigt, den erwerbstätigen Mittelstand in Stadt und Land wirksam zu vertreten. In ihren Reihen sind die anerkannten Führer des gewerblichen und kaufmännischen Mittelstandes, Männer wie Bartsch-Rönigsberg, Hermann-Kentlingen, Cüligger-Hagen, Knies-Coffel u. a. Unter den Abgeordneten der Deutschen Demokratischen Partei in den deutschen Landtagen sind nicht weniger als 30 Vertreter des Handwerks und Kleinergewerbes (etwa 20 Prozent der Gesamtzahl), ein deutlicher Beweis für die gewichtige Stellung des Gewerbetreibenden innerhalb der Partei.

Daßer ist es ohne weiteres klar, daß die Deutschdemokraten überall dort, wo es galt, die Interessen des Mittelstandes wahrzunehmen, dieses in tatkräftiger Weise getan haben. So war es die demokratische Partei, die den Schutz des gewerblichen und kaufmännischen Mittelstandes gegen Überlastung und Aufkaufung im Artikel 161 der neuen Reichsverfassung als unumstößlichen, richtunggebenden Grundsatz festlegte. Die praktische Anwendung dieses Artikels der Verfassung ergab sich bereits im Jahre 1921. Der demokratische Reichstagsabgeordnete, Tüßler-Steinmetz, brachte mit Unterstützung der demokratischen Fraktion im März 1921 im Reichstage folgenden Antrag ein:

Der Reichstag wolle die Reichsregierung ersuchen, sämtliche Maßnahmen zu treffen, daß alle den gewerblichen und kaufmännischen Mittelstand betreffenden Kommunalverordnungen gemäß Artikel 164 der Reichsverfassung unterbleiben.

Dieser Antrag wurde gegen die Stimmen der Sozialisten und Kommunisten angenommen. Es galt hierzu durch die zahlreichen Vereine sozialistischer Stadtverordnetenmehrheiten, die verschiedenen Zweige der Lebensmittellieferung in Stadtreise zu übernehmen, sowie Anpassungen und Bauen für die Städte unter Ausschaltung der altgewesenen Gewerbetreibenden von Städte wegen auszuführen, energig Front zu machen.

Es war weiterhin die deutschdemokratische Reichstagsfraktion, die wiederum durch den Abgeordneten Knies im Reichstag darauf hinwirkte, daß die Regierung bei Besetzungen der Handwerksbetriebe in vermehrtem Umfang berücksichtigen und statt des ungenügenden Submissionsverfahrens die Besetzungen auf Grund des angemessenen Preises regeln soll. Ferner regte die demokratische Fraktion durch einen Antrag im Reichstag, der bei Zustimmung der Mehrheit fand, aus Anlaß der Staatsberatung 1921 an, daß Arbeiten und Lieferungen seitens der Staatsbehörden in weitgehender Weise den anerkannten Korporationen der Gewerbe zur Unterbreitung überwiesen werden sollen. Hiermit würde ein langgehegter Wunsch der in Frage kommenden Zweige des Handwerks erfüllt werden. Ebenso sind noch die vielen Anstrengungen des Hrn. Knies hinsichtlich einer weitgehenden Berücksichtigung der Handwerksbetriebe beim Wiederkauf in Frankreich erwähnenswert.

Aus Anlaß der Erörterung der Lehrlingsfrage haben die Demokraten den Wünschen der maßgebenden Mittelstandsreife voll entsprochen, indem sie von vornherein den Versuchen der Sozialdemokraten, das altbewährte Lehrlingsverhältnis in ein tariflich zu regelndes Arbeitsverhältnis umzuwandeln härtesten Widerstand entgegensetzten.

In jüngerer Zeit machte sich das tatkräftige Eintreten der Demokraten für den Mittelstand zunächst bei Umgestaltung der Verteuerungslage im Reichseinkommensteuergesetz geltend. Unter entschiedener Mitwirkung der Demokraten wurde vor allem eine sehr erhebliche Entlastung gerade der mittleren und kleineren Einkommen durchgeführt.

Ferner erwies sich bei der Beratung der von dem Zentrumsmittler Giesberts vorgeschlagenen und vom Zentrum und Sozialdemokratie bewilligten ungeheuer starken Erhöhung der Post-, Telefon- und Telegrammgebühren die Demokraten als diejenigen, die das Interesse der Mittelständlichen Volkes wahrten und der überaus schädlichen, wirtschaftsfeindlichen Tarifpolitik eine gleichzeitige Verbesserung der inneren Zustände in den Staatsbetrieben widersprachen.

Als drittes Beispiel für die Beratung der Umsatzeuer angeführt, bei der die demokratischen Vertreter stets versuchten, nach Möglichkeit Handwert und Kleinhandel zu entlasten. Besondere Betonung erforderte der Umstand, daß die Sozialdemokraten Hand in Hand mit den Deutschnationalen die Konsumvereine von der Umsatzeuer befreien wollten, was zu einer ebenso großen Ungerechtigkeit wie außerordentlichen Schädigung gerade des kaufmännischen und auch gewerblichen Mittelstandes — man denke nur an die zahlreichen Eigenbetriebe der Konsumvereine (Käseereien, Schneidereien usw.) — geführt hätte. Diese überaus mittelstandsfeindliche Maßnahme ist im wesentlichen an

